



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

Kreisschreiben über das Splitting bei Scheidung

Gültig ab 1. Januar 1997

Stand 1. Januar 2012

318.104.01 d KSS

11.11

Vorwort

Am 1. Januar 1997 tritt die 10. AHV-Revision in Kraft. Somit können ab diesem Zeitpunkt geschiedene Ehegatten die Einkommensteilung im Sinne von [Art. 29^{quinquies} Abs. 3 Bst. c AHVG](#) verlangen. Dieses Kreisschreiben regelt das Verfahren für die Durchführung der Einkommensteilung im Scheidungsfall. Es bildet Bestandteil der Wegleitungen und Kreisschreiben aus dem Rentenbereich, Band 2.

Soweit dieses Kreisschreiben keine abweichenden Bestimmungen enthält, sind sinngemäss anwendbar

- für die Prüfung der Personalien und die Ermittlung der Beitragsdauer der Ehegatten die Wegleitung über die Renten (Band 1),
- für die Beschaffung des VA, die Erteilung des Splittingauftrags, die IK-Eröffnung und den IK-Eintrag die Wegleitung über VA und IK,
- für das Meldeverfahren die Technischen Weisungen für den Datenaustausch mit der ZAS im EDV-Verfahren,
- für die Aufbewahrung des Antrags auf Einkommensteilung bei Scheidung das Kreisschreiben über die Aktenaufbewahrung.

Künftige Änderungen und Ergänzungen können durch die Lieferung von Ersatzseiten eingefügt werden.

Kreisschreiben über das Splitting bei Scheidung Nachtrag 1, gültig ab 1. Januar 1998

Der vorliegende Nachtrag enthält die Ersatzseiten des KS Splitting mit den auf den 1. Januar 1998 in Kraft tretenden Änderungen. Die Ersatzseiten sind jeweils unten rechts mit dem Datum der Auswechslung gekennzeichnet. Ausserdem wird auf die einzelnen Änderungen mit einem Vermerk 1/98 unter jeder betreffenden Randziffer hingewiesen. Die ausgewechselten Loseblätter sind in dem dafür vorgesehenen schwarzen Ordner systematisch abzulegen.

Der Nachtrag 1 enthält keine grundsätzlichen Systemänderungen. Bei der Regelung der Kassenzuständigkeit wurden einige Präzisierungen vorgenommen. Neu wird eine Grenze in das KS aufgenommen, wenn Ehegatten, welche das Splittingverfahren verlangen, mehrfach geschieden sind. Neu sollen nur noch diejenigen Ehen gesplittet werden, an welchen die antragstellenden Ehegatten selbst beteiligt waren (Rz 2024 neu).

Vorwort

Der vorliegende Nachtrag 2 enthält die Ersatzseiten sowie die neu einzufügenden Seiten mit den auf den 1. Januar 2000 in Kraft tretenden Änderungen. Die Ersatzseiten sind jeweils unten rechts mit dem Datum der Auswechslung gekennzeichnet. Ausserdem wird auf die einzelnen Änderungen mit einem Vermerk 1/00 hingewiesen. Die ausgewechselten Loseblätter sind in dem dafür vorgesehenen schwarzen Ordner abzulegen.

Der Nachtrag enthält ausschliesslich inhaltliche Präzisierungen oder redaktionelle Korrekturen, so beispielsweise die Rz 3006 und 3007. Die Einkommensteilung ist nur für Jahre vorzunehmen, während welchen beide Ehegatten in der Schweiz versichert waren. Weist ein Ehegatte Versicherungslücken auf, so können diese mit Ersatzzeiten aufgefüllt werden. In den Rz 3006 und 3007 wurden irrtümlicherweise noch die Beitragslücken erwähnt. Bei Beitragslücken ist gerade keine Lückenfüllung vorzunehmen.

Zu Missverständnissen führte bisher auch die Regelung über die Einkommensteilung für Ehegatten, während welchen die Frau in der Schweiz und der Ehemann im Fürstentum Liechtenstein versichert war. Die neue Formulierung stellt klar, dass es sich dabei nur um die Einkommensteilung zu Gunsten der Frau handelt (Rz 3011 und 3011.1).

Gelegentlich wurde auch die Frage nach der Konkurrenz zwischen den besonderen Schlüsselzahlen 1 bis 3 und 5 aufgeworfen. Die besonderen Schlüsselzahlen 1 und 2 beispielsweise dienen der Bezeichnung von geteilten Einkommen aus Jugendjahren. Dabei wird gewährleistet, dass diese Einkommen beim jüngeren Ex-Ehegatten bei einer späteren Rentenberechnung in jedem Fall mitberücksichtigt werden. Würden solche Einkommen, die bereits früher für eine Rente berücksichtigt worden sind, auch mit der besonderen Schlüsselzahl 5 geteilt, würde das ursprüngliche Ziel vereitelt. Die besonderen Schlüsselzahlen 1 bis 3 haben daher Vorrang vor den Schlüsselzahlen 4 und 5 (Rz 4014.1).

Vorwort

Der vorliegende Nachtrag 3 enthält die Ersatzseiten des KS über das Splitting bei Scheidung mit den auf den 1. Januar 2003 in Kraft tretenden Änderungen. Die Ersatzseiten sind jeweils unten rechts mit dem Datum der Auswechslung gekennzeichnet. Ausserdem wird auf die einzelnen Änderungen mit einem Vermerk 1/03 unter jeder betreffenden Randziffer hingewiesen. Die ausgewechselten Loseblätter sind in dem dafür vorgesehenen schwarzen Ordner systematisch abzulegen.

Der Nachtrag 3 enthält lediglich redaktionelle Anpassungen aufgrund der Neuauflage der Rentenwegleitung Band 1.

Künftige Änderungen und Ergänzungen können durch die Lieferung von Ersatzseiten eingefügt werden.

Vorwort

Der vorliegende Nachtrag 4 enthält die Ersatzseiten des KS über das Splitting bei Scheidung mit den auf den 1. Januar 2004 in Kraft tretenden Änderungen. Die Ersatzseiten sind jeweils unten rechts mit dem Datum der Auswechslung gekennzeichnet. Ausserdem wird auf die einzelnen Änderungen mit einem Vermerk 1/04 unter jeder betreffenden Randziffer hingewiesen. Die ausgewechselten Loseblätter sind in dem dafür vorgesehenen schwarzen Ordner systematisch abzulegen.

Der Nachtrag 4 enthält lediglich eine materielle Änderung. Die Erwerbseinkommen von verheirateten Personen sind bei einer Beitragsrückvergütung nicht mehr zu teilen.

Künftige Änderungen und Ergänzungen können durch die Lieferung von Ersatzseiten eingefügt werden.

Vorwort

Der vorliegende Nachtrag 5 enthält die Ersatzseiten des KS über das Splitting bei Scheidung mit den auf den 1. Januar 2005 in Kraft tretenden Änderungen. Die Ersatzseiten sind jeweils unten rechts mit dem Datum der Auswechslung gekennzeichnet. Ausserdem wird auf die einzelnen Änderungen mit einem Vermerk 1/05 unter jeder betreffenden Randziffer hingewiesen. Die ausgewechselten Loseblätter sind in dem dafür vorgesehenen schwarzen Ordner systematisch abzulegen.

Der Nachtrag 5 enthält lediglich eine redaktionelle Anpassung sowie materielle Änderungen betreffend die Dreiviertels-Invalidenrenten, welche mit der 4. IV-Revision eingeführt wurden.

Künftige Änderungen und Ergänzungen können durch die Lieferung von Ersatzseiten eingefügt werden.

Vorwort zum Nachtrag 6, gültig ab 1. Januar 2007

Die einzige Änderung ist auf das Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz; PartG) am 1. Januar 2007 zurückzuführen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Voraussetzungen der Einkommensteilung	10
2.	Geltendmachung der Einkommensteilung	11
2.1	Zuständige Ausgleichskasse	11
2.1.1	Im allgemeinen	11
2.1.2	Personen im Ausland.....	12
2.2	Legitimation zur Antragsstellung	13
2.3	Beilagen zum Antrag	14
2.4	Nicht feststellbare Identität eines Ehegatten	15
2.5	Grenze bei Mehrfachscheidungen	15
3.	Aufgaben der auftraggebenden Ausgleichskasse	16
3.1	Prüfung der Versicherteneigenschaft.....	16
3.2	Liechtensteinische Versicherungszeiten bis zum 31. Oktober 1996	16
3.3	Splittingauftrag.....	17
4.	Vornahme der Einkommensteilung	18
4.1	Im allgemeinen	18
4.2	Bei früherem ZIK.....	19
4.3	Bei (früherem) Bezug einer IV-Rente durch einen Ehegatten	19
4.4	IK-Eintrag in besonderen Fällen.....	21
4.5	Besondere Aufgaben der beteiligten Ausgleichs- kassen	21
5.	Kontenübersicht.....	22
6.	Einkommensteilung bei einem rentenberechtigten Ehegatten	22
7.	Nachträgliche IK-Eintragungen	23
8.	Rückgängigmachung des Splittingauftrages	23
9.	Rückwirkende Zusprechung einer IV-Rente.....	23
10.	Inkrafttreten	24
Anhang:	Musterbriefe.....	25

1. Voraussetzungen der Einkommensteilung

- 1001
1/12 Personen, deren Ehe rechtskräftig geschieden wurde, können verlangen, dass die während der Kalenderjahre der Ehe erzielten Einkommen je zur Hälfte den beiden Ehegatten angerechnet und auf ihrem IK gutgeschrieben werden. Der Einkommensteilung unterliegen jedoch nur die Jahre
- während welchen beide Ehegatten in der AHV versichert gewesen sind und
 - zwischen dem 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres des jüngeren Ehegatten und dem 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalles beim zuerst rentenberechtigten Ehegatten ([Art. 29^{quinquies} Abs. 4 AHVG](#)).
- 1002
1/98 Die Einkommen, welche die Ehegatten im Jahr der Eheschliessung und im Jahr der Auflösung der Ehe (massgebender Zeitpunkt ist die Rechtskraft des Scheidungsurteils) erzielt haben, werden nicht geteilt ([Art. 50b Abs. 3 AHVV](#)).
- 1003
1/03 Der Ehescheidung gleichgestellt ist die durch den Richter ausgesprochene Ungültigerklärung der Ehe ([Art. 50c Abs. 1 AHVV](#)). Bis zur Ungültigerklärung hat die Ehe somit die Wirkungen einer gültigen Ehe ([Art. 109 Abs. 1 ZGB](#)).
- 1004
1/07 Der Ehescheidung gleichgestellt ist die Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare ([Art. 13a Abs. 3 ATSG](#)). Die Regeln über das Splitting bei Scheidung sind deshalb vollumfänglich anwendbar. Als Beweisakt dient das Auflösungsurteil.

2. Geltendmachung der Einkommensteilung

2.1 Zuständige Ausgleichskasse

2.1.1 Im allgemeinen

- 2001 Der Antrag um Vornahme der Einkommensteilung kann bei einer Ausgleichskasse eingereicht werden, die für einen der Ehegatten ein IK führt ([Art. 50c Abs. 2 AHVV](#)). Die gewählte Ausgleichskasse wird für das Verfahren zur auftraggebenden Ausgleichskasse.
- 2002
1/98 Wird oder wurde dagegen für einen der geschiedenen Ehegatten schon eine Rente der AHV oder der IV bzw. eine Witwenabfindung ausgerichtet, so wird diejenige Ausgleichskasse zur auftraggebenden Ausgleichskasse, bei welcher sich die Rentenakten befinden ([Art. 50 g AHVV](#)). Sind oder waren mehrere frühere Ehegatten rentenberechtigt, ist diejenige Ausgleichskasse zuständig, welche als erste eine Leistung ausgerichtet hat.
- 2003
1/98 Ist einer der geschiedenen Ehegatten rentenberechtigt und bezog auch der andere Ehegatte früher eine Rente, so wird diejenige Ausgleichskasse zur auftraggebenden Ausgleichskasse, welche die laufende Rente auszahlt.
- 2004
1/98 Waren dagegen beide geschiedenen Ehegatten früher einmal rentenberechtigt, so wird die Ausgleichskasse des erstrentenberechtigten Ehegatten zur auftraggebenden Ausgleichskasse. Wurde oder wird eine Ehepaarrente ausgerichtet, so wird diejenige Ausgleichskasse zur auftraggebenden Ausgleichskasse, welche die Ehepaarrente ausgerichtet hat.
- 2005 In den Fällen von Rz 2003 und 2004 hat die auftraggebende Ausgleichskasse die Rentenakten bei der Ausgleichskasse des andern Ehegatten anzufordern.

2.1.2 Personen im Ausland

- 2006 Gesuche um Vornahme der Einkommensteilung von im Ausland lebenden Ehegatten können sowohl bei der SAK als auch bei einer IK-führenden innerschweizerischen Ausgleichskasse eingereicht werden.
- 2007 Wird der Antrag bei der SAK eingereicht und führt diese ein IK für einen der Ehegatten, so wird die SAK zur auftraggebenden Ausgleichskasse.
- 2008
1/05 Die SAK wird auch dann zur auftraggebenden Ausgleichskasse, wenn aufgrund der Anmeldung für eine Beitragsrückvergütung einer geschiedenen (auch in einer früheren Ehe) Person das Verfahren auf Einkommensteilung mittels Splittingauftrag durchzuführen ist ([Art. 29^{quinquies} Abs. 3 Bst. c AHVG](#), [Art. 4 Abs. 2 RV-AHV](#)).
- 2009 In den übrigen Fällen, in welchen die SAK selbst kein IK führt, bestimmt sie die im zentralen Versichertenregister als letzte registrierte IK-führende Ausgleichskasse des antragstellenden Ehegatten zur auftraggebenden Ausgleichskasse und leitet das Gesuch an diese weiter.
- 2010 Dies gilt auch dann,
 – wenn die SAK im Zeitpunkt der Rentenfestsetzung für einen der Ehegatten feststellt, dass die Einkommensteilung mittels Splittingauftrag noch nachzuholen ist; oder
 – wenn einer der Ehegatten bereits eine Rente der AHV oder der IV bezieht oder bezogen hat, für deren Auszahlung die SAK zuletzt zuständig ist oder war; oder
 – wenn eine geschiedene Person einen Antrag auf Beitragsüberweisung (gemäss den Sozialversicherungsabkommen mit Griechenland, Italien oder der Türkei) stellt und vor der Überweisung eine Einkommensteilung gemäss [Artikel 29^{quinquies} Absatz 3 Buchstabe c AHVG](#) durchzuführen ist.
- 2011 Die SAK leitet in solchen Fällen den Antrag für die Vornahme der Einkommensteilung mit den dafür erforderlichen Unterlagen – nötigenfalls zusammen mit Kopien der bereits

zusammengerufenen IK oder einer IK-Zusammenstellung sowie Angaben über die Beitragsdauer (Rz 2010, 2. Strich) – an die gemäss Rz 2009 zuständige Ausgleichskasse weiter. Diese wird zur auftraggebenden Ausgleichskasse. Nach Abschluss des Verfahrens übermittelt die auftraggebende Ausgleichskasse der SAK das Nachtrags-IK (vgl. Rz 4006) für die Neuberechnung der laufenden Rente (vgl. Rz 6001).

- 2012 Rückfragen der auftraggebenden Ausgleichskasse an den im Ausland wohnenden Ehegatten können über die SAK geleitet werden. Ebenso kann nach Abschluss des Verfahrens der neue VA und die Übersicht über die IK an die SAK zur unverzüglichen Weiterleitung an den Ehegatten übermittelt werden. Im Rentenfall ist hingegen immer die SAK einzuschalten.
- 2013 Wird der Antrag vom in der Schweiz lebenden Ehegatten gestellt, so gelten die allgemeinen Regeln (Rz 2001 ff.).

2.2 Legitimation zur Antragsstellung

- 2014 1/03 Zur Einreichung des Gesuchs sind die geschiedenen Ehegatten oder ihre Anwälte sowie weitere Vertreter ([Art. 37 ATSG](#)) befugt. Ist ein Ehegatte entmündigt, so ist das Gesuch durch den gesetzlichen Vertreter einzureichen. Für den Antrag steht das Formular 318.269 zur Verfügung.
- 2015 Die Ehegatten können den Antrag um Vornahme der Einkommensteilung entweder gemeinsam oder einzeln einreichen.
- 2016 Wird der Antrag um Vornahme der Einkommensteilung nur durch einen Ehegatten eingereicht, so stellt die zuständige Ausgleichskasse dem anderen Ehegatten eine Mitteilung über den bei ihr eingegangenen Antrag zu. Die Ausgleichskasse fordert dabei den Ehegatten auf, am Verfahren teilzunehmen und die dafür notwendigen Unterlagen einzureichen. Gleichzeitig weist sie den Ehegatten darauf hin, dass

ihm bei einer Nichtteilnahme am Verfahren keine Kontenübersicht zugestellt wird ([Art. 50f Abs. 2 AHVV](#)).

- 2017 Kann die Aufforderung zur Teilnahme am Verfahren dem andern Ehegatten nicht zugestellt werden oder ist seine Adresse nicht bekannt, so erhält nur der antragstellende Ehegatte einen neuen VA und die Kontenübersicht zugestellt ([Art. 50f Abs. 2 AHVV](#)). Die Einkommensteilung ist in jedem Fall für beide Ehegatten durchzuführen.

2.3 Beilagen zum Antrag

- 2018 Dem Antrag sind amtliche Ausweisschriften beizulegen, aus denen die Personalien der Ehegatten ersichtlich sein müssen. Als amtliche Dokumente gelten das Familienbüchlein, ein Personenstandsausweis oder ein Familienschein, die Niederlassungsbewilligung (Schriftenempfangsschein), der Pass und die Identitätskarte.
- 2019 Verzichtet der eine Ehegatte auf eine Teilnahme bzw. ist seine Adresse unbekannt oder können aus anderen Gründen keine Ausweisschriften für ihn beigebracht werden, so ist durch die auftraggebende Ausgleichskasse eine Anfrage mit dem Personalausweis an das Zivilstandsamt des Heimatortes vorzunehmen. Zu beachten ist dabei, dass der Personalausweis nur für Auskünfte über Schweizer Bürger verwendet werden kann.
- 2020 Sind die Personalien des einen Ehegatten nicht überprüfbar, steht jedoch seine Identität fest, so stellt die auftraggebende Ausgleichskasse auf die Angaben des gesuchstellenden Ehegatten ab.
- 2021 Dem Antrag beizulegen ist im weitem ein Dokument, aus welchem das Scheidungsdatum (rechtskräftiges Scheidungsurteil, Familienbüchlein etc.) bzw. bei Ungültig- oder Nichtigkeit der Ehe der Zeitpunkt der richterlichen Aufhebung (richterliches Urteil) ersichtlich ist.

- 2022 Dem Gesuch beizulegen sind nach Möglichkeit ebenso die VA der beiden Ehegatten. Besitzt ein Ehegatte noch keinen VA oder wird ein VA mit nicht elfstelliger Versicherungsnummer vorgelegt, so hat die auftraggebende Ausgleichskasse vorerst einen VA zu beschaffen bzw. einen VA-Umtausch vorzunehmen.

2.4 Nicht feststellbare Identität eines Ehegatten

- 2023 Ist die Identität eines Ehegatten nicht feststellbar, so kann das Splittingverfahren nicht durchgeführt werden. Ist eine Person mehrmals geschieden und steht die Identität eines der früheren Ehegatten nicht fest, so darf die Einkommens- teilung für die übrigen Ehen nur dann eingeleitet werden, wenn die teilbaren Ehejahre vorbehaltlos bestimmt werden können. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn eine Person während der Jahre weiterer Ehen, für welche die Einkommensteilung vorzunehmen ist, keine Versiche- rungslücken aufweist. Die Fälle, in welchen ein früherer Ehegatte nicht identifizierbar ist, sind dem BSV zu unter- breiten.

1/98 2.5 Grenze bei Mehrfachscheidungen

- 2024 Sind die antragstellenden Ehegatten mehrfach geschie-
1/98 den, so ist die Einkommensteilung auch für alle früheren Ehen vorzunehmen, an welchen diese selbst beteiligt waren. Auf die Einkommensteilung für Ehen, an welchen sie nicht selbst beteiligt waren, kann verzichtet werden, wenn sie selbst während den Ehejahren keine durch Jugend- oder Zusatzjahre aufzufüllenden Versicherungs- lücken aufweisen.

3. Aufgaben der auftraggebenden Ausgleichskasse

3.1 Prüfung der Versicherteneigenschaft

- 3001 Damit die Ausgleichskasse prüfen kann, für welche Jahre die Voraussetzungen der Einkommensteilung erfüllt sind, löst sie für beide Ehegatten einen Zusammenruf von IK-Kopien (MZR-Schlüsselzahl 93) oder von IK-Auszügen (MZR-Schlüsselzahl 98) aus.
- 3002 Die Voraussetzungen zur Einkommensteilung sind erfüllt, wenn die Ehegatten während der Ehe im gleichen Kalenderjahr versichert gewesen sind. Nicht zu prüfen ist dagegen, ob die Ehegatten in den gleichen Monaten versichert waren (so etwa bei Saisoniers oder bei Grenzgängern) und ob jeweils die jährliche Mindestbeitragspflicht erfüllt war oder nicht.
- 3003 Fehlt für ein bestimmtes Kalenderjahr ein IK-Eintrag und hat der betroffene Ehegatte im Jahr vorher Beiträge als Selbständigerwerbender, Nichterwerbstätiger oder als Arbeitnehmer ohne beitragspflichtigen Arbeitgeber entrichtet, so ist zu prüfen, ob die Einkommen nur deshalb noch nicht im IK eingetragen sind, weil sie noch nicht rechtskräftig verfügt worden sind (vgl. Rz 4003).
- 3004–
3010 aufgehoben
1/12

3.2 Liechtensteinische Versicherungszeiten bis zum 31. Oktober 1996

- 3011
1/00 War während der Ehe die Ehefrau in der schweizerischen AHV und der Ehemann in der liechtensteinischen AHV versichert, so werden diese Zeiten bis zum 31. Oktober 1996 für die Einkommensteilung zu Gunsten der Frau behandelt, wie wenn der Ehemann in der Schweiz versichert gewesen wäre. In solchen Fällen kann eine Kopie

des liechtensteinischen IK bei den liechtensteinischen AHV/IV/FAK-Anstalten verlangt werden.

3011. Für die Einkommensteilung gilt folgendes:
- 1 – Die Frau erhält die halben Einkommen gutgeschrieben,
1/00 die der Mann während der Ehejahre im Fürstentum Liechtenstein erzielt hat.
- Hat die Frau während den gleichen Jahren in der Schweiz Einkommen erzielt und war der Mann in der Schweiz nicht versichert, so werden diese nicht geteilt.
 - Für Jahre, während welchen der Mann ausschliesslich in der liechtensteinischen AHV versichert war, erhält er in der Schweiz keine Einkommen gutgeschrieben.

3.3 Splittingauftrag

- 3012 Vor Erteilung des Splittingauftrages prüft die Ausgleichskasse mittels Anfrage an das zentrale Versichertenregister, ob für die Ehegatten nicht bereits ein Splittingauftrag (MZR-Schlüsselzahl 95) erteilt worden ist.
- 3013 Nach Abschluss ihrer Abklärungen teilt die Ausgleichskasse den beteiligten Ausgleichskassen mit, für welche Jahre die Einkommensteilung vorgenommen werden muss ([Art. 50d Abs. 1 AHVV](#)). Diese Zeitspanne umfasst auch Jahre,
- für welche bei Frauen bis zum 31. Dezember 1996 gemäss Art. 3 Abs 2 Bst. b AHVG (in der Fassung vor dem 1. Januar 1997) beitragslose Ehejahre angerechnet werden können;
 - für welche nach dem 1. Januar 1997 gemäss [Art. 3 Abs. 3 Bst. a AHVG](#) keine Beiträge entrichtet worden sind und während denen der nichterwerbstätige Ehegatte versichert war. Unabhängig davon, ob während diesen Jahren der doppelte Mindestbeitrag tatsächlich entrichtet worden war (vgl. Rz 3002);
 - für welche im IK noch keine Einkommen eingetragen sind (z.B. mangels Steuermeldung oder fehlender Arbeitgeberkontrolle)

- während welchen ein Ehegatte eine halbe oder eine Viertelsrente der IV bezogen hat. Im Gegensatz zur Einkommensteilung bei ganzen Invalidenrenten (Rz 4009) ist das Erwerbseinkommen von teilinvaliden Ehegatten bzw. deren NE-Beiträge auch zu teilen.

3014 Für jeden der Ehegatten ist dabei gleichzeitig ein gesonderter Splittingauftrag mit der letztgültigen Versichertennummer auszulösen. Der Splittingauftrag ist auch dann auszulösen, wenn die auftraggebende Ausgleichskasse allein IK-führend ist. Liegen die Ehejahre innerhalb der Zeitdauer einer ganzen IV-Rente oder wurden die Einkommen der Ehejahre bereits für eine Rente berücksichtigt (besondere Schlüsselzahl 4 und 5, vgl. Rz 4014), so wird der Splitting-Auftrag lediglich für den nicht invaliden Ehegatten erteilt.

3015 aufgehoben
1/12

4. Vornahme der Einkommensteilung

4.1 Im allgemeinen

4001 Grundsätzlich sind alle im IK der versicherten Person eingetragenen Einkommen während der Ehejahre hälftig aufzuteilen. Dabei sind die Eintragungen eines Beitragsjahres zusammenzuziehen und als Total- bzw. Nettobetrag zu teilen. Ergibt die Aufteilung halbe Frankenbeträge, so ist auf den nächsten ganzen Franken aufzurunden.

4002 Sind im IK eines oder beider Ehegatten während der Ehejahre Lohnperioden eingetragen, die sich über zwei Kalenderjahre erstrecken und muss die Einkommensteilung nicht für beide Jahre vollzogen werden, so sind diese Einkommen vorerst entsprechend der im IK aufgezeichneten Beitragsdauer auf die betreffenden Beitragsjahre aufzuteilen. Erst anschliessend kann der Splittingauftrag vollzogen werden. Umfasst der Splittingauftrag hingegen beide Kalenderjahre, ist auf diese Aufteilung zu verzichten.

- 4003 Ist im Zeitpunkt der Vornahme der Einkommensteilung das Einkommen eines oder mehrerer Kalenderjahre mangels rechtskräftiger Beitragsverfügung noch nicht im IK eingetragen (bei Selbständigerwerbenden, Nichterwerbstätigen oder bei Arbeitnehmern ohne beitragspflichtigen Arbeitgeber), so ist für diese Jahre noch keine Einkommensteilung möglich. Bei Zustellung der Kontenübersicht sind die Ehegatten darauf hinzuweisen, dass die Einkommensteilung für diese Jahre zu einem spätern Zeitpunkt nachgeholt wird. Für das Verfahren gelten die Rz 7001 und 7002.
- 4004 Ist für den Ehegatten der versicherten Person bei der Ausgleichskasse noch kein IK vorhanden, so ist für diesen ein neues IK zu eröffnen. Vorbehalten bleibt Rz 4006.

4.2 Bei früherem ZIK

- 4005 Wurde für die versicherte Person schon ein ZIK für eine Alters- oder IV-Rente durchgeführt, müssen die vor dem ZIK in die Kalenderjahre der Ehezeit fallenden Einkommen von der auftraggebenden Ausgleichskasse berücksichtigt und zur Hälfte dem Ehegatten auf dessen IK eingetragen werden.
- 4006 Für die rentenberechtigte Person wird ein Nachtrags-IK mit den weggesplitteten Einkommen (Minuseintrag) erstellt, das für die Neuberechnung der laufenden Rente (vgl. Rz 6001) oder für eine spätere Berechnung (bei bereits erloschener Rentenberechtigung) berücksichtigt werden muss. Dabei kann auf das Total der Einkommen je Beitragsjahr abgestellt werden.

4.3 Bei (früherem) Bezug einer IV-Rente durch einen Ehegatten

- 4007 Für die Kalenderjahre, während welchen ein Ehegatte eine Invalidenrente bezieht oder bezogen hat, wird das für die Invalidenrente massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen aufgeteilt und jährlich unter Berücksichtigung der

jeweiligen Rentenanpassungen im IK des anderen Ehegatten (ohne Minuseintrag auf dem IK des invaliden Ehegatten) eingetragen. Dies wie folgt:

- 4008 – Das für die Invalidenrente massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen des invaliden Ehegatten wird ab dem 1. Januar des Kalenderjahres, in welchem der Rentenanspruch entsteht (bzw. nach der Heirat), bis zum 31. Dezember des Jahres, in welchem der Anspruch erlischt (bzw. vor der Scheidung), berücksichtigt.
- 4009
1/05 – Beim Bezug einer ganzen oder Dreiviertels-Invalidenrente wird stets das ganze massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen für die Einkommensteilung berücksichtigt. Nicht berücksichtigt bei der Einkommenssteilung wird dagegen ein in diese Zeitspanne fallendes Erwerbseinkommen aus der Ausübung der Resterwerbsfähigkeit des invaliden Ehegatten oder die Beiträge von nichterwerbstätigen Invaliden ([Art. 51 Abs. 4 AHVV](#)). Diese Jahre sind im Splittingauftrag (Rz 3012 ff.) nicht aufzuführen.
- 4010 – Konnte dagegen durch den invaliden Ehegatten nur eine halbe oder Viertelsrente beansprucht werden, so ist für die Einkommensteilung lediglich das halbe massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen zu berücksichtigen. Dem nichtinvaliden Ehegatten wird in diesem Fall ein Viertel des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens gutgeschrieben. Wurde in dieser Zeitspanne durch den invaliden Ehegatten noch ein Erwerbseinkommen erzielt, so unterliegt dieses ebenfalls der Einkommensteilung ([Art. 51 Abs. 5 AHVV](#)). Dies gilt auch für allfällige NE-Beiträge.
- 4011
1/05 Ist infolge einer Änderung des Invaliditätsgrades die Höhe des Rentenanspruchs (ganze, Dreiviertels-, halbe oder Viertelsrente) herauf- oder herabzusetzen, so ist für die Einkommensteilung (Rz 4009 oder Rz 4010) innerhalb eines Kalenderjahres stets der höhere Invaliditätsgrad massgebend.

4012 aufgehoben
1/09

4013 Die Einkommen des nichtinvaliden Ehegatten werden nach den allgemeinen Grundsätzen geteilt (Rz 1001).

4.4 IK-Eintrag in besonderen Fällen

4014 Die geteilten Einkommen sind im IK in besonderen Fällen mit der folgenden besonderen Schlüsselzahl zu kennzeichnen:
1/12

4 = Geteiltes massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen für Kalenderjahre, während welchen ein Ehegatte eine Invalidenrente bezogen hat (Rz 4007 ff.)

5 = Geteilte Einkommen, welche bereits für eine Rente berücksichtigt worden sind (Rz 4005)

4014. aufgehoben
1
1/12

4.5 Besondere Aufgaben der beteiligten Ausgleichskassen

4015 Nach Abschluss der Einkommensteilung ist der auftraggebenden Ausgleichskasse eine Kopie des IK zu übermitteln. Dies gilt auch dann, wenn die beteiligte Ausgleichskasse für die im Splittingauftrag gemeldeten Zeiten keine Einkommen im IK eingetragen und somit keine Einkommenssteilung vorgenommen hat. Ist eine Ausgleichskasse für beide Ehepartner IK-führend, dürfen die IK-Eintragungen erst nach Erledigung beider Splittingaufträge der auftraggebenden Ausgleichskasse übermittelt werden.

5. Kontenübersicht

- 5001 Nach Eintreffen der Meldungen der beteiligten Ausgleichskassen, erstellt die auftraggebende Ausgleichskasse für jeden der Ehegatten eine Kontenübersicht über sämtliche Beitragsjahre inklusiv der Jahre ausserhalb der Ehe ([Art. 50e Bst. d AHVV](#)).
- 5002 Die Kontenübersicht kann durch die Ausgleichskasse frei gestaltet werden. Sie hat aber mindestens folgende Angaben zu enthalten:
- Hinweis, dass geteilte Einkommen enthalten sind;
 - Beitragsjahr;
 - Massgebendes Einkommen und Hinweis auf Betreuungsgutschrift;
 - Kennzeichnung der Jahre, in denen eine Einkommens-
teilung vorgenommen wurde.
- 5003 Sind für das gleiche Kalenderjahr IK-Eintragungen von mehreren Ausgleichskassen vorhanden, so müssen diese in der Kontenübersicht jahresweise zusammengefasst werden. Die Betreuungsgutschriften sind gesondert auszuweisen.
- 5004 Ehegatten, deren Adresse bzw. Aufenthaltsort unbekannt ist, oder welche auf die Teilnahme am Verfahren verzichtet haben, erhalten keine Kontenübersicht.
- 5005 Der Kontenübersicht ist eine Erläuterung beizulegen.
1/03 Ehegatten, denen die Übersicht nicht genügt oder die mit der Einkommens-
teilung nicht einverstanden sind, haben die Möglichkeit einen Kontenauszug zu verlangen.

6. Einkommens- teilung bei einem rentenberechtigten Ehegatten

- 6001 War einer der Ehegatten im Zeitpunkt der Einkommens-
teilung rentenberechtigt, so ist dessen Rente nach Abschluss
des Verfahrens aufgrund der geteilten Einkommen neu zu
berechnen, falls die Scheidung nach dem 1. Januar 1997

rechtskräftig geworden ist. Zu diesem Zweck führt die auftraggebende Ausgleichskasse für den rentenberechtigten Ehegatten von Amtes wegen einen erneuten ZIK durch.

- 6002 Nach der Neuberechnung der Rente aufgrund des Splittings muss diesem Ehegatten keine Kontenübersicht zugestellt werden. Die Neufestsetzung ist aber in der Verfügung ausreichend und verständlich zu begründen.

7. Nachträgliche IK-Eintragungen

- 7001 Sind für den einen Ehegatten in dessen IK nach der Einkommensteilung Korrekturen oder zusätzliche Eintragungen für Zeiten während der Ehe vorzunehmen (aus Arbeitgeberkontrollen und bei definitiv verfügbaren persönlichen Beiträgen, Abschreibung von Beiträgen, Eintrag von Kapitalgewinnen, Liquidationsgewinnen etc.), so sind die entsprechenden Einkommen zu teilen und auch auf dem IK des anderen Ehegatten einzutragen.
- 7002 In Fällen von nachträglichen IK-Eintragungen erfolgt weder eine Meldung an die auftraggebende Ausgleichskasse noch ist den Ehegatten eine neue Übersicht über die IK zuzustellen.

8. Rückgängigmachung des Splittingauftrages

- 8001 Hiefür ist die Wegleitung über VA und IK massgebend.
- 8002 Wird die Ehe wieder mit dem früheren Ehegatten eingegangen, so ist ein bereits vollzogener Splittingauftrag nicht rückgängig zu machen.

9. Rückwirkende Zusprechung einer IV-Rente

- 9001 Wird rückwirkend für Jahre, für welche eine Einkommens- teilung durchgeführt worden ist, eine IV-Rente zugesprochen, so ist ein bereits vollzogener Splittingauftrag nicht mehr rückgängig zu machen.

- 9002 Die rentenauszahlende Ausgleichskasse hat in diesen Fällen für den nichtinvaliden Ehegatten ein neues IK zu eröffnen (vgl. Rz 4004) und für die Kalenderjahre der Ehe, für welche ein Splittingauftrag durchgeführt worden ist (Rz 3012 ff.), zusätzlich das für die Invalidenrente massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen aufzuteilen und gutzuschreiben (Rz 4007 ff.).
- 9003 Bei einer ganzen oder Dreiviertels-Invalidenrente ist dem nichtinvaliden Ehegatten jeweils die Hälfte, und bei einer halben oder Viertelsrente ein Viertel des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens gutzuschreiben.
1/05
- 9004 Ist die SAK für die Rentenauszahlung zuständig und führt sie selbst kein IK (Rz 2009), so erteilt sie den Auftrag für die IK-Eröffnung und den Einkommenseintrag derjenigen Ausgleichskasse, welche den Splittingauftrag durchgeführt hat.

10. Inkrafttreten

- 10001 Dieses Kreisschreiben tritt auf den 1. Januar 1997 in Kraft.

Anhang: Musterbriefe

Brief I: Aufforderung an Ex-Ehegatten zur Teilnahme am Verfahren

Sehr geehrte/r ...

Die Alters- und Invalidenrenten geschiedener Personen müssen aufgrund der während der Ehe geteilten Einkommen berechnet werden. Damit das Verfahren für die Einkommensteilung rasch und zuverlässig durchgeführt werden kann, ist es von Vorteil, wenn sich die Ehegatten möglichst kurz nach der Scheidung gemeinsam dafür anmelden. Damit können auch spätere Verzögerungen bei der Rentenfestsetzung vermieden werden.

Ihr geschiedener Ehegatte / Ihre geschiedene Ehegattin hat bei unserer Ausgleichskasse die Durchführung einer solchen Einkommensteilung beantragt (siehe beiliegende Kopie des Antrags). Wir bitten Sie, die Sie betreffenden Rubriken der beiliegenden Anmeldungskopie auszufüllen und uns dieses Formular zusammen mit Ihren Unterlagen umgehend zurückzusenden.

Sollten Sie hingegen auf eine Teilnahme verzichten, so wird das Verfahren trotzdem durchgeführt. Allerdings würde Ihnen im Falle einer Teilnahmeverweigerung nach Abschluss des Verfahrens weder ein neuer AHV-Ausweis, noch eine Kontenübersicht, welche einen Überblick über die Einkommensteilung ermöglicht, zugestellt.

Für Ihre Mitwirkung danken wird Ihnen im voraus und verbleiben
mit freundlichen Grüßen

Beilagen:

- Kopie der Anmeldung für die Durchführung der Einkommensteilung im Scheidungsfall
- Antwortkuvert

Brief II: Verzögerung bei der Durchführung des Splittingverfahrens

Sehr geehrte/r ...

Die 10. AHV-Revision bringt wichtige Änderungen im Bereich des Rentenanspruchs und der Rentenberechnung in der AHV und in der IV. Dazu gehört auch die Einführung des Splittingverfahrens im Scheidungsfall. Die Übergangsbestimmungen zur 10. AHV-Revision sehen ausserdem für bestimmte Personenkategorien neue Renten oder Rentenverbesserungen vor. Dies löst zusätzliche Leistungsanmeldungen aus. Die Ausgleichskassen haben daher eine Prioritätenordnung erarbeitet, wonach in erster Linie solche Gesuche behandelt werden, welche unmittelbar einen Rentenanspruch auslösen. Damit sollen Verzögerungen bei den Rentenauszahlungen vermieden werden. Anträge, die dagegen nicht unmittelbar einen Rentenanspruch auslösen oder eine bereits laufende Rente beeinflussen, wie beispielsweise die Vornahme der Einkommensteilung nach Ehescheidung, gehören nicht in diese Kategorie und werden daher erst in zweiter Priorität bearbeitet.

Sie haben am ... bei unserer Ausgleichskasse die Durchführung des Verfahrens auf Einkommensteilung infolge Scheidung beantragt. Da dieses Verfahren keine laufenden Rentenansprüche berührt, müssen wir Sie für dessen Durchführung aus den genannten Gründen um etwas Geduld bitten. Das Verfahren wird aber so schnell wie möglich durchgeführt. Aus der Verzögerung entstehen Ihnen absolut keine Nachteile.

Für Ihr Verständnis danken wir Ihnen und verbleiben

mit freundlichen Grüssen